

Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V. anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. Das BKartA hat in der Sektor Untersuchung Milch bereits 2012 ein starkes Marktgefälle zu Ungunsten der Erzeuger gegenüber den Molkereien festgestellt. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber dem Sekundärsektor deutlich und nachhaltig zu verbessern?

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Artikel 148 GMO im Agrarmarktstrukturgesetz im Rahmen der Verordnungsermächtigung § 6a AgrarMSG umgesetzt und damit der Abschluss von umfassenden schriftlichen Verträgen verpflichtend eingeführt wird. Durch feste Preis- und Mengenvereinbarungen müssen dann die Milchbäuer*innen das enorme Marktrisiko nicht mehr alleine schultern und erhalten deutlich mehr Planungssicherheit. Zudem wollen wir die im GWB verankerten Sonderregelungen für die Landwirtschaft in § 28 GWB so erweitern, dass Vereinbarungen und Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben zum Schutz gegen eine existenzbedrohende, ruinöse Nachfragemacht sowie Zusammenschlüsse von Erzeuger*innen, die für die gleiche Handelskette produzieren, vom Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen des § 1 GWB freigestellt werden. Gleichzeitig setzen wir uns für Förderprogramme zur Unterstützung des Aufbaus von Kleinmolkereien für die direkte und regionale Vermarktung ein.2.

2. Mehr als 2/3 der dt. Milch wird von Genossenschaften verarbeitet. Vor allem dort ist vom BKartA ein sehr schwaches Interesse an höheren Erlösen für Milchprodukte bestätigt worden. Wird Ihre Partei eine Reform des Genossenschaftsrechts angehen, um die Marktmacht in diesem Bereich auszutarieren?

Grundsätzlich schätzen und unterstützen wir den solidarischen Grundgedanken der genossenschaftlichen Rechtsform. Einige Großgenossenschaften stellen jedoch nicht mehr den Förderzweck ihrer Mitglieder, sondern die reine Gewinnmaximierung in den Mittelpunkt ihres Wirtschaftens. Bei den Molkereigenossenschaften sind die Milchbäuer*innen die Verlierer des Systems. Insbesondere das Prinzip der Andienungspflicht und der Abnahmegarantie benachteiligt die Milchbäuer*innen und führt zu extremen Abhängigkeiten. Wir GRÜNE wollen das Genossenschaftsrecht so reformieren, dass die strikte Trennung von Genossenschaftsbeteiligung und Lieferkonditionen sichergestellt ist und die Andienungspflicht sowie die Abnahmegarantie in genossenschaftlichen Satzungen ausgeschlossen wird.

3. Die Unterdeckung der Milcherzeugungskosten beläuft sich seit vielen Jahren in Größenordnung von rund 30%. Welche Überlegungen verfolgt Ihre Partei, um die Situation der Milcherzeuger nachhaltig zu verbessern?

Wir wollen, dass die künftige Bundesregierung überprüft, inwieweit der Verkauf von Lebensmitteln unter den Produktionskosten als unlautere Handelspraktik im Agrarmarktstrukturgesetz verankert werden kann und im Sinne von Artikel 39 Absatz 1b AEUV zu fairen Preisen beitragen kann. Eine solche Regelung würde den Milchbäuer*innen besonders zugutekommen. Flankierend dazu bräuchte es ein Konzept für eine Preisbeobachtungsstelle, die objektive Richtwerte zu Produktionskosten und Preisen von Lebensmitteln erhebt. Durch die nachträgliche Preisfestsetzung des Milchauszahlungspreises überwälzen die Molkereien das gesamte Marktrisiko auf die Bäuer*innen u. Daher setzen wir GRÜNE uns darüber hinaus für ein Verbot der nachträglichen Preisfestlegung des Milchauszahlungspreises ein.

4. Wird sich Ihre Partei für die Definition der Milchviehhalter/Landwirtschaft als eigene Branche innerhalb der Wertschöpfungskette – wie von uns in der BsteDM-Sektorstrategie 2030 vorgeschlagen - für alle landwirtschaftlichen Produktionsbereiche einsetzen?

Ja, wir GRÜNE setzen und auf europäischer Ebene für die Anerkennung der Milchbäuer*innen als eigenständige Branche ein, und möchten somit auf EU-Ebene ein eigenverantwortlich organisiertes Milchmarktmanagement möglich machen, damit die Milchbäuer*innen ihre Marktstellung gegenüber der Verarbeitungs- und Ernährungsindustrie deutlich verbessern können.

5. Das EU-Parlament hat sich für die Erweiterung des Sicherheitsnetzes für EU-Agrarmärkte um mengenbegrenzende Instrumente im Marktkrisenfall ausgesprochen und in den Trilogverhandlungen damit durchgesetzt. Unterstützt Ihre Partei diese Entwicklung zur Marktkrisenprävention?

Ja, wir GRÜNE unterstützen mengenbegrenzende Instrumente auf europäischer Ebene als ultima ratio im Marktkrisenfall. Dabei sind effiziente Instrumente zur frühzeitigen Erkennung potenzieller Milchmarktkrisen elementar. Denn ein zielführendes Milchmarkt-Krisenmanagement muss eine schnelle Reaktion der Milcherzeuger*innen auf Marktveränderungen ermöglichen, indem es Milchüberschüsse frühzeitig und konsequent vermeidet. Hierfür braucht es ein transparentes europaweites Frühwarnsystem, das die Gefahr einer Krise zuverlässig erkennt und kommuniziert.

6. Seit Jahrzehnten ist die Europäische Agrarpolitik geprägt von der Zielsetzung, internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen und Agrarprodukte zu exportieren. Wie bewertet Ihre Partei diese Zielsetzung?

Wir wollen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU zu einem Instrument für eine sozial-ökologische Agrarpolitik wird – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft. Wir GRÜNE wollen eine Reform, damit die Milliarden an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-, Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden und dabei die regionale Landwirtschaft stärken. Um den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuer*innen voranzutreiben, gilt es, die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderperiode bestmöglich für diese Ziele zu nutzen. Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert.

7. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat den Umbau der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl beschlossen, der von der Gesellschaft mitgetragen und finanziert werden soll. Unterstützt Ihre Partei die Forderungen der ZKL und wo sehen Sie konkrete Umsetzungspunkte?

Wir GRÜNE stehen für eine Agrarpolitik, die Landwirtschaft in Einklang bringt mit Klima-, Natur- und Tierschutz. Viele der Inhalte der Zukunftskommission Landwirtschaft - etwa die Qualifizierung der EU-Agrarzahlungen, der Umbau der Tierhaltung oder ein natur-, umwelt- und klimaverträglicher Pflanzenbau - sind für uns bereits seit Jahren Schwerpunkte und werden von uns dementsprechend unterstützt.

8. Die Borchert-Kommission hat Ihren Abschlussbericht zur Zukunft der Tierhaltung vorgelegt. Hält Ihre Partei die dort festgelegten Änderungen und deren finanzielle Ausstattung für ausreichend?

Wir fordern bereits seit Jahren einen Umbau der Tierhaltung, bei dem bessere Regeln, eine Umbaufinanzierung und eine verpflichtende Kennzeichnung ineinander greifen. Wir GRÜNE unterstützen daher sinnvolle Vorschläge der Borchert-Kommission, sehen aber in den Bereichen Tierschutz und Finanzierung noch ungeklärte Fragen und Ergänzungsbedarf.